

Er erscheint wöchentlich 12mal mit illust. Sportblatt, Illust. Gratis-Zeitschriften: „Der Weltspiegel“, „Morgenspiegel“, „Kunstspiegel“, „Technische Rundschau“, „TON und BILD“, „Flauto-Spiegel“, „Lila“, „Haus und Garten“, „Jugendspiegel“, „Jede Woche Musik“, Bezugspreis: wöchentlich 1,30 monatlich 5,40 einjährig 54,00...



Inseraten- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptexpedition SW. 100, Rudolf-Mosse-Haus Jerusalemstr. 46-49, Filialen: Badstr. 61, Blücherstr. 89, Fennestr. 1, Frickestr. 9, Frankfurter Allee 288 u. 286, Großwälder Str. 10, Große Frankfurter Str. 89, Kochanstr. 9, Königstr. 19, Kopenicker Str. 67/68, Moritzplatz, Müllerstr. 135, Potsdamer Str. 88, Rathenower Str. 3, Rheinberger Str. 79, Rosenhübler Str. 48, Schiffbauerdamm 2, Schönehauser Allee 144, Turmstr. 61, Wroner Str. 1-6, Zimmerstr. 59, Charlottenburg: Kaiserdamm 30, Kästr. 84, Nünbergstr. 23/26, Scharrenstr. 39, Tauentzienstr. 2; Copenick: Schlossstr. 11, Friesenau: Rheinstr. 19; Hallesches-Graben: Wald-Lohmann-Platz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 12; Neukölln: Berlin Str. 41, Hermannstr. 63/64, Kaiser-Friedrich-Str. 248; Niederschönhausen: Brückenstr. 22; Stiglitz: Schlossstr. 32; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berlin Str. 147; Treptow: Grätzstr. 61; Fankow: Bornholmer Str. 1; Schöneberg: Hauptstr. 23/24, Martin-Luther-Str. 6; Spandow: Brestelstr. 15; Uhlendamm 88, d. Oder: Provinzial-Brandenburg a. d. Havel: Hauptstr. 41; Briesen: Schweißmüller Str. 5; Weissenau: Berliner Allee 247; Wilmsdorf: Hohenzollernstraße 156; Kämpferplatz 15; Uhlendamm 88, d. Oder: Regentenstr. 48; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Stettin: Monchestr. 31; Frankfurt a. d. Oder: Regentenstr. 48; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Stettin: Monchestr. 31.

Berliner Tageblatt

59. Jahrgang • Nr. 350 und Handels-Zeitung Sonntag, 27. Juli 1930

Die Notverordnungen.

Dietch über die neuen Steuern. — Notopfer, Zuschlag zur Einkommensteuer, Ledigensteuer, Gemeindesteuern. — Sozialreform, Osthilfe und Kartellkontrolle.

Reichsfinanzminister Dietch hielt gestern vor der Presse eine längere Rede, in der er die Notverordnung der Regierung rechtfertigte. Er betonte zunächst, dass sich in der Zwischenzeit wegen der verspäteten Inkraftsetzung der Gesetze eine zusätzliche Differenz von 28 Millionen Mark ergeben hätte. Diese würden durch neue Abstriche im Etat gedeckt werden. Die Verteilung der Abstriche von 100 Millionen Mark auf die einzelnen Ressorts sei nach schwierigen Kämpfen gelungen. Augenblicklich brenne noch der Streit um die Verteilung dieser weiteren 28 Millionen, von dem man jedoch hoffen könne, dass er bereits bis zum Montag ebenfalls beigelegt werden würde. Nächstes Jahr würden

Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Hier liege das Kernproblem, und man habe den Weg zur Lösung vorsichtig beschränkt, indem auch die Reformmassnahmen für die Arbeitslosenversicherung in die Notverordnung aufgenommen worden sind. In Zukunft würden allerdings die Zuschüsse des Reiches an die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung in festen Summen in den Etat aufgenommen werden. Diesen Winter jedoch würden für die Arbeitslosenversicherung mehrere hundert Millionen Mehrausgaben unvermeidlich sein, und hierin liege die einzige Gefahr für den Reichsstat.

noch wesentlich radikalere Sparmassnahmen angewandt werden müssen, und zwar einfach aus dem Grunde, weil kein Geld für alle die von den verschiedenen Abgeordneten und Parteien geforderten Ausgaben vorhanden sei.

Die Fortführung geordneter Haushaltesführung zwänge dazu, die zum Ausgleich des Haushalts erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Fehlbetrag beläuft sich, wie bereits früher bekanntgegeben ist, auf 700 Millionen. Davon entfallen rund 460 Millionen auf den Fehlbetrag bei der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, 150 Millionen auf die Krisenfürsorge und 150 Millionen auf Mindereinnahmen aus Steuern und Zöllen.

Reichsfinanzminister Dietch bezeichnete es als notwendig, schon jetzt energischer zugunsten einer Hülfeleistung für die Gemeinden einzutreten. Viele von ihnen drohten durch die zunehmende Last der Wohlfahrtsunterstützung zusammenzubrechen, und wenn eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung drohe, so würde diese durch einen finanziellen Zusammenbruch von Gemeinden entstehen. Daher hätte die Regierung es für notwendig gehalten, den Gemeinden die Auswahl zwischen der Einführung der Kopfsteuer und einer reichlichen Verdoppelung der Gemeindesteuern zu geben. Es besteht eine Pflicht zur Anwendung dieser Steuer, weil sonst rückwirkend Realsteuerverhöhungen notwendig würden.

Die Reichsregierung hat nun noch einmal gründlich geprüft, ob in dieser Beziehung die Beschränkung anderer Wege als der bisherigen unter den gegebenen Verhältnissen möglich war. Sie ist zu einer Verneinung dieser Frage gelangt. Es wird daher bei der 2½prozentigen Reichshilfe der Beamten und der Aufsichtsrats-Tantiemenbesitzer, bei dem 5prozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer für Einkommen über 8000 Mark und bei der Ledigensteuer verbleiben. Der hieraus ursprünglich mit 304 Millionen erwartete Betrag wird sich nun allerdings dadurch vermindern, dass diese Steuern anstatt zum 1. August z. T. erst zum 1. September in Kraft treten können. Der Minderbetrag hieraus beläuft sich auf 28 Millionen. Hierfür sollen aber keine neuen Steuern geschaffen werden. Sie sollen vielmehr im Etat eingepart werden. Dadurch erhöht sich der ursprünglich mit 100 Millionen vorgesehene Ersparungsbeitrag auf 128 Millionen.

In besonderen Fällen, in denen Gemeinden ausserordentlich bedroht sind, können auch allgemeine Getränkesteuern von den Gemeinden erhoben werden, doch nur mit Genehmigung der Länderregierungen.

Dem Zwecke der Deckung der Fehlbeträge dienen insbesondere die Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes und die einmaligen ausserordentlichen Zuschläge zur Einkommensteuer im Rechnungsjahr 1930. Diesen Abgaben sind drei Personengruppen unterworfen. Die erste Gruppe bilden die Beamten und Angestellten der öffentlichen Hand, denen wegen ihrer gesicherten Stellung ein Opfer zugemutet werden kann. Die zweite Gruppe bilden die höheren Einkommen, d. h. also Einkommen von mehr als 8000.—RM. Die dritte Gruppe bilden die Personen, die für Frau oder Kinder nicht zu sorgen haben und deshalb im Vergleich zu diesen als etwas leistungsfähiger angesehen werden können.

Osthilfe
konnte nicht ganz auf Grund des Artikels 48 beschlossen werden, so erklärte Minister Dietch. Nur den Vollrechtsschutz habe man hineingenommen. Da dieser ohne die Umschuldung ebensowenig bedeute wie die Gewährung von Betriebskrediten, so sei auch die Umschuldung in der Notverordnung bereits vorgesehen. Die diesbezüglichen Verhandlungen mit Preussen sind noch nicht abgeschlossen. Übergreifend auf die Hineinnahme des Sozialversicherungskomplexes in die Notverordnung, erklärte Minister Dietch, dass die soziale Belastung untragbar würde, wenn bei den steigenden Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung die Sätze der Krankenversicherung unverändert bestehen blieben. Die Konsequenz aus dieser Erkenntnis sei der schwerste Entschluss des Kabinetts gewesen. Eine Gefährdung der Arbeitslosenversicherung sei eine

Selbstverständlich wird die Deutsche Volkspartei — das braucht man nicht erst zu betonen — im Wahlkampf dem Nationalsozialismus mit Entschiedenheit entgegenzutreten, und ebenso der Gruppe des Herrn Hugenberg, der ja nur noch ein Vasall, Verwalter der Schatzkammer, im Hitler-Reiche ist. Zu solcher Kraftentfaltung wird sie ja schon deshalb genötigt sein, weil sie, wie die Wahlen in Sachsen gezeigt haben, nicht am wenigsten von dem Nationalsozialismus bedroht wird, und es immer noch keine bessere Art der Verteidigung gibt als den Hieb. Aber hinterher, nach den Wahlen, im neuen Reichstag — wird da eine Annäherung, oder der Versuch zu einer Annäherung, an den so energisch bekämpften Feind gänzlich und unter allen Umständen ausgeschlossen sein? Sollten Sie in der Idee, Sie könnten eines Tages doch — durch den Zwang der Verhältnisse getrieben — die Nationalsozialisten an einem Regierungsblock beteiligen wollen, eine beleidigende Verdächtigung sehen, so möchte ich zwar die Frage nicht zurücknehmen, aber Sie bitten, die Kränkung zu verzeihen. Es ist unversessen, dass vor nicht langer Zeit ein hervorragendes Mitglied Ihrer Partei, Herr von Kardoff, den Nationalsozialisten kräftige Worte ins Gesicht geschleudert hat. Es ist uns aber auch allen gegenwärtig, dass in Thüringen der Herr Frick zusammen mit Ihren Parteigenossen regiert, nur von ihnen gestützt, nur durch sie immer wieder gerettet wird, und dass jetzt die Deutsche Volkspartei in Sachsen sich eidrig und allerdings vergeblich bemüht hat, eine Regierung mit nationalsozialistischen Ministern zustande zu bringen. Sie selbst, sehr geehrter Herr Doktor Scholz, haben im März auf Ihrem Parteitag in Mannheim erklärt, dass „Regieren gegen oder auch ohne die Sozialdemokratie auf die Dauer kaum möglich“ sei. Aber neulich, in einer der letzten Reichstagsitzungen, behandelten Sie die Gruppe des Herrn Hugenberg mit auffallender Liebenswürdigkeit. Können Sie es uns verdenken, dass wir angesichts einer so komplizierten Partiseele nach Klarheit und Wahrheit verlangen? Wenn es ein Verbrechen ist, Ihnen

4500 TOTE in ITALIEN.

Amtliche Verlustziffern der Erdbebenopfer zu niedrig.

Telegramm unseres im Erdbebengebiet weilenden Sonderkorrespondenten. HERBERT KLUGE.

O. ARIANO, 26. Juli.
Es sind nun schon drei Tage vergangen, seitdem durch drei kurze Erdstöße 40 italienische Städte und Gemeinden ganz oder teilweise zerstört wurden. Aber die Zahl der Toten wächst beängstigend. Dem ersten eingehenden Bericht des Ministers für öffentliche Arbeiten an den Duce zufolge betrug gestern um 20 Uhr die Zahl der Toten 2142; die der Verletzten 4151. Aus zahlreichen Gesprächen mit den Bürgermeister und Geistlichen der betroffenen Gemeinden gewinnt man aber den Eindruck, dass diese offizielle Zahl noch lange nicht die wirkliche Zahl der Opfer der furchtbaren Katastrophe wiedergibt. Diese muss wohl auf mindestens 4000 bis 4500 angesetzt werden.

Allgemein glaubt man hier, dass gegen 10 000 Menschen umgekommen sind, doch dürfte diese Annahme wohl übertrieben sein, insbesondere, da sie auch vielfach dem Bestreben entspringt, das Unglück noch schärfer zu malen, als es schon tatsächlich ist. Jedenfalls dürften noch Tage, wenn nicht Wochen vergehen, bevor man die genaue Zahl der tödlich Verunglückten feststellen können. Am furchtbarsten haben Aquilona und Villanova gelitten, die beide vollständig zerstört sind. Gestern wurde hier in der Nähe in einem Ort noch eine Frau und ein Kind, die länger als 50 Stunden verschüttet waren, lebendig ausgegraben. Beide waren bewusstlos, doch gelang es, sie bald wieder ins Leben zurückzurufen.

Antwort erbeten.

Eine Frage an den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz.

T. W. Sie werden es, sehr geehrter Herr Doktor Scholz, als Führer der Deutschen Volkspartei gewiss wie wir alle notwendig finden, die Wählerschaft über die Folgen aufzuklären, die sich aus den bevorstehenden Wahlen ergeben können. Nichts ist ja so schädlich, wie das Gefühl der Unsicherheit, der Verwirrung, das den im Dunkel tappenden, das Ende des Weges nicht erkennenden Wähler gefangen hält. Von Zweifeln, konfusen Vorstellungen und Ratlosigkeit gehemmt, verzichtet mancher darauf, am entscheidenden Tage seine Staatsbürgerpflicht zu erfüllen. Und von dem getriebenen Denken pflegt jene Demagogie zu profitieren, die am erfolgreichsten im trüben fischt. Sie werden, sehr geehrter Herr Doktor, gewiss nicht bestreiten, dass ganz besonders Unklarheit über die taktischen Ziele und die zukünftige Politik der Deutschen Volkspartei besteht. Während Sie selbst natürlich genau alle Möglichkeiten überdacht und Ihre Entschlüsse gefasst haben, sind für uns andere Ihre ferneren Absichten und Ihre Meinung über das, was Sie für nützlich, erträglich oder zulässig halten, durch eine Nebel verdeckt. Sie haben soeben die sogenannten bürgerlichen Parteien zur Sammlung aufgerufen, und das ist ein klangvoller und klingender Ruf. Aber bevor wir uns versammeln, muss es erlaubt sein, einen Blick in Ihr Herz zu tun. Demokraten und Volksparteiler scheinen bereit, im Wahlkampf einander rücksichtslos zu behandeln, und das wäre, schon weil es an Rücksichtslosigkeit in den nächsten Wochen nicht fehlen wird, gewiss erfreulich und für die sittliche Luftverbesserung vorteilhaft. Aber damit wir alle mit ruhiger Seele und frei von Bedenken uns einem solchen Pakt anschliessen können, gestatte ich mir, Sie zu bitten: zünden Sie uns eine Laterne an! Ich möchte nur eine einzige Frage an Sie richten, wobei ich annehme, dass der Wunsch nach einer aufklärenden Antwort Ihren eigenen Wünschen entgegenkommt. Nur die Frage, wie Sie und Ihre Partei es im nächsten Reichstag mit dem Nationalsozialismus und seinen Anhängern halten wollen.

Selbstverständlich wird die Deutsche Volkspartei — das braucht man nicht erst zu betonen — im Wahlkampf dem Nationalsozialismus mit Entschiedenheit entgegenzutreten, und ebenso der Gruppe des Herrn Hugenberg, der ja nur noch ein Vasall, Verwalter der Schatzkammer, im Hitler-Reiche ist. Zu solcher Kraftentfaltung wird sie ja schon deshalb genötigt sein, weil sie, wie die Wahlen in Sachsen gezeigt haben, nicht am wenigsten von dem Nationalsozialismus bedroht wird, und es immer noch keine bessere Art der Verteidigung gibt als den Hieb. Aber hinterher, nach den Wahlen, im neuen Reichstag — wird da eine Annäherung, oder der Versuch zu einer Annäherung, an den so energisch bekämpften Feind gänzlich und unter allen Umständen ausgeschlossen sein? Sollten Sie in der Idee, Sie könnten eines Tages doch — durch den Zwang der Verhältnisse getrieben — die Nationalsozialisten an einem Regierungsblock beteiligen wollen, eine beleidigende Verdächtigung sehen, so möchte ich zwar die Frage nicht zurücknehmen, aber Sie bitten, die Kränkung zu verzeihen. Es ist unversessen, dass vor nicht langer Zeit ein hervorragendes Mitglied Ihrer Partei, Herr von Kardoff, den Nationalsozialisten kräftige Worte ins Gesicht geschleudert hat. Es ist uns aber auch allen gegenwärtig, dass in Thüringen der Herr Frick zusammen mit Ihren Parteigenossen regiert, nur von ihnen gestützt, nur durch sie immer wieder gerettet wird, und dass jetzt die Deutsche Volkspartei in Sachsen sich eidrig und allerdings vergeblich bemüht hat, eine Regierung mit nationalsozialistischen Ministern zustande zu bringen. Sie selbst, sehr geehrter Herr Doktor Scholz, haben im März auf Ihrem Parteitag in Mannheim erklärt, dass „Regieren gegen oder auch ohne die Sozialdemokratie auf die Dauer kaum möglich“ sei. Aber neulich, in einer der letzten Reichstagsitzungen, behandelten Sie die Gruppe des Herrn Hugenberg mit auffallender Liebenswürdigkeit. Können Sie es uns verdenken, dass wir angesichts einer so komplizierten Partiseele nach Klarheit und Wahrheit verlangen? Wenn es ein Verbrechen ist, Ihnen